



Aktive Industriepolitik: Jetzt den Stahlstandort Deutschland sichern

Beschluss der Fraktionsvorsitzendenkonferenz im Saarland

29./30. September 2025

Deutschland ist Industrieland und die Stahlindustrie leistet dazu einen entscheidenden Beitrag. Als Ausgangspunkt der industriellen Wertschöpfungs- und Beschäftigungsketten erwirtschaftet sie jährlich rund 50 Milliarden Euro Umsatz und sichert hunderttausende Arbeitsplätze. Maschinenbau, Verteidigungsindustrie, Automobil- und Zulieferindustrie, Schienenverkehr, Bauwirtschaft oder Erneuerbare Energien – all diese Branchen brauchen eine starke Stahlindustrie in Deutschland.

Gleichzeitig steht die Branche vor massiven Herausforderungen. Die Transformation hin zur klimaneutralen Produktion ist angesichts steigender CO₂-Preise und des internationalen Wettbewerbs ohne wirtschaftliche Alternative. Das durch den russischen Angriffskrieg beschleunigte Ende billiger fossiler Energie, die zunehmenden Handelsrisiken sowie Billigimporte aus Drittstaaten haben die Ausgangslage noch verschärft. Der Transformationsprozess muss schneller voranschreiten als ursprünglich gedacht. Aus diesem Grund investieren Unternehmen mit Unterstützung von Bund und Ländern massiv in die Zukunft und leisten damit einen in seiner Dimension beispiellosen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Dieser Kraftakt ist im gesamtgesellschaftlichen Interesse und muss deshalb gemeinsam getragen werden.

Besonders deutlich wird die Dimension der Transformation am Stahlstandort Duisburg: Jährlich werden dort rund 16 Millionen Tonnen „Heimat-Stahl“ produziert – das entspricht 43 Prozent der gesamtdeutschen Stahlproduktion. Nahezu 20.000 Menschen arbeiten in Nordrhein-Westfalen direkt in der Stahlindustrie und mehr als 50.000 Arbeitsplätze sind indirekt davon abhängig.

Beispielhaft für den Wandel steht das Projekt *Power4Steel* im Saarland. Insgesamt 4,6 Milliarden Euro werden in neue Anlagen und den Hochlauf der wasserstoffbasierten Stahlproduktion investiert. Ein wichtiger Meilenstein ist der kürzliche Abschluss eines Wasserstofflieferungsvertrages. In einem ersten Schritt können so im Saarland in den kommenden Jahren bis zu 4,5 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden, bis 2045 wird die Produktion klimaneutral erfolgen. Weitere Unternehmen in ganz Deutschland haben sich auf den Weg gemacht, ihre Stahlproduktion zu transformieren. Im Osten Deutschlands etwa wird bereits mindestens 30 Prozent der Stahlproduktion über die Elektrolichtbogenstrategie realisiert: ein wichtiger Schritt hin zu klimaneutralem Stahl.

Gleichzeitig mehren sich in den vergangenen Monaten Meldungen, dass einzelne Unternehmen den eingeschlagenen Transformationspfad hinterfragen oder zeitlich verzögern müssen. Wir beobachten diese Entwicklungen mit Sorge. Sie sind auch ein Weckruf an Bund und EU, für bessere Rahmenbedingungen zu sorgen. Wir mussten bitter erleben, dass resiliente Lieferketten unverzichtbar sind. Europa braucht verlässliche Produktionskapazitäten für Stahl.

Damit dies gelingt, braucht es neben Investitions- und Betriebskostenförderungen vor allem einen verlässlichen politischen, regulatorischen und wirtschaftlichen Rahmen sowie faire Wettbewerbsbedingungen. Konkret bedeutet das: international wettbewerbsfähige Energiepreise, die schnelle Verfügbarkeit von bezahlbarem Wasserstoff und einen wirksamen Schutz gegen hochsubventionierte und unter schlechten Sozial- und Umweltstandards produzierte Billigimporte aus Drittstaaten.

Unternehmen und Beschäftigte dürfen in diesem Wandel nicht allein gelassen werden. Die Transformation erfordert bessere politische, regulatorische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Dabei müssen Bund, Länder, Unternehmen und Sozialpartner gemeinsam an dem Erhalt der Stahlproduktion in Deutschland arbeiten. Wir begrüßen, dass auf Initiative des Bundesfinanzministers Lars Klingbeil am 1. Oktober 2025 die Betriebsräte der großen Stahlunternehmen empfangen und mit ihnen zukunftsfähige Wege erörtert werden. Ebenso begrüßen wir, dass der von der SPD geforderte Stahlgipfel nun endlich vorbereitet wird. Bundeskanzler Merz und Wirtschaftsministerin Reiche stehen im Wort, den Ankündigungen Taten folgen zu lassen. Dabei sollte die Stahlindustrie als Ausgangspunkt der industriellen Beschäftigungs- und Wertschöpfungsketten in Deutschland abgesichert werden. Dafür braucht es einen klaren Fahrplan für bessere politische, regulatorische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zur Sicherung einer gelingenden Transformation. So könnte beispielsweise die Bahn die dringend notwendigen Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau des Schienennetzes mit Schienen aus der grünen Stahlproduktion durchführen.

Die Möglichkeiten des europäischen Beihilferahmens für einen Industriestrompreis sind unverzüglich auszuschöpfen. Dieser muss so ausgestaltet sein, dass er einen signifikanten Beitrag zu international wettbewerbsfähigen Strompreisen leistet. Eine stabile Energieversorgung muss sichergestellt werden und es braucht gleichzeitig eine verlässliche Senkung der Stromkosten. Der vorgesehene Bundeszuschuss für die Netzentgelte 2026 ist der richtige Weg. Zusätzlich werden wir uns für eine Fortführung der Möglichkeit zur Strompreiskompensation auf EU-Ebene über 2030 hinaus einsetzen.

Um die frühe Einbindung von Beschäftigten und Arbeitnehmer:innenvertretungen zu erhöhen und diese damit zu stärken, sollten sie bei den anstehenden Transformationsprojekten verbindlich beteiligt werden. Dies muss zu einer Bedingung staatlicher Förderung werden. Zudem sollten gerade in transformativen Phasen

Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme ausgebaut werden, um Beschäftigung zu sichern. Schwerpunkte sind dabei derzeit die Themen Wasserstoff, Digitalisierung und Anlagenbetrieb. Gerade zur Steigerung des Tempos beim Wasserstoffhochlauf sind gut ausgebildete Fachkräfte zum ohnehin dringend erforderlichen Ausbau von Verteilungs- und Transportnetzen und den Aufbau von Produktionskapazitäten nötig.

Zur Stärkung der Stahlindustrie in Europa müssen auf europäischer Ebene wirksame Schutzmechanismen gegen Dumpingimporte und staatlich subventionierte Stahlüberkapazitäten in Drittstaaten konsequent angewendet werden. Weiterhin gilt es, den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) konsequent umzusetzen und so weiterzuentwickeln, dass Carbon Leakage wirksam verhindert wird. Das beinhaltet auch Exportabsicherungsinstrumente und die Einbeziehung von Vor- und Fertigprodukten.

Es müssen nationale und europäische Leitmärkte für emissionsreduzierten Stahl eingerichtet und verbindliche Quoten für diesen Stahl bei öffentlichen Vergaben festgelegt werden. Dazu müssen die nationalen öffentlichen Beschaffungswesen angepasst werden. Letzteres ist ein Instrument, um Leitmärkte für die Stahlindustrie in Deutschland und Europa zu schaffen. Dabei soll die europäische Ebene bürokratiearm finanzielle Förderungen für den Umbau der Stahlindustrie bereitstellen. Hierzu ist auch der Hochlauf der Wasserstoffinfrastruktur und der Ausbau nationaler und grenzüberschreitender Netze europaweit zu beschleunigen. Im Hochlauf sollten alle Wasserstofffarben solange zulässig bleiben, bis die Wirtschaftlichkeit von Grünem Stahl gesichert ist.

Bezüglich des weltweiten Handels mit Stahl muss die Europäische Union internationale Handelsvereinbarungen so ausgestalten, dass sie nicht zu Lasten der deutschen und europäischen Stahlindustrie gehen. Für die Zeit ab Juli 2026 ist seitens der Europäischen Union ein WTO-konformes Schutzinstrument („Post-Safeguards“) mit produktbezogenen Zollkontingenten und Quartalsregeln zu implementieren.